

AKTUELLE CHRONIK

Asien allgemein

In Genf endete am 21. September die 11. Sitzung des **UNCTAD-Rates**. Am letzten Tag standen die Vorbereitungen zur dritten Welthandels- und Entwicklungskonferenz vom 13. April bis 19. Mai 1972 in Santiago de Chile im Vordergrund. Auf dieser Tagung dürften die währungspolitischen Forderungen der Entwicklungsländer, die Zahlungsbilanzprobleme, die Dollarfrage und die amerikanischen Sanierungsmaßnahmen größeren Raum einnehmen. Insbesondere mit Unterstützung der Delegationen aus sozialistischen Ländern wurde eine Resolution angenommen, die sich gegen den amerikanischen Zollzuschlag wendet und in der die Entwicklungsländer behaupten, daß das derzeitige internationale Währungssystem ausschließlich den Industriestaaten zum Vorteil gereicht habe. Man forderte daher eine Reform des Weltwährungssystems und ein — umstrittenes — Mitspracherecht bei den dazu erforderlichen Diskussionen und Verhandlungen. Anfang Oktober trafen sich dann die **asiatischen Mitglieder der in der „Gruppe der 77“** zusammengefaßten Entwicklungsländer in Bangkok, und am 8. Oktober fand in Lima die zweite Ministerkonferenz der Länder der „Gruppe der 77“ statt. Ziel beider Tagungen war es, die Forderungen der „**Charta von Algier**“ zu aktualisieren und auf einen Nenner zu bringen, um so mehr Gewicht bei der dritten Welthandels- und Entwicklungskonferenz zu haben. Das Ergebnis bestand in einer nach langwierigen Diskussionen schließlich doch zusammengekommenen „**Charta von Lima**“, die allgemein die bereits bekannten Forderungen der Entwicklungsländer enthält.

Am 21. Oktober begann die zehnte Jahrestagung des bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) bestehenden **Ausschusses für Entwicklungshilfe (DAC)**, dem 17 Länder angehören. Das Kommuniqué gab der Hoffnung Ausdruck, daß trotz einzelner Kürzungen die Entwicklungshilfe der DAC-Länder voraussichtlich 1971 und 1972 zunehmen werde. Bei der Frage der Aufhebung der Lieferbindungen kam man wegen der wirtschaftlichen Maßnahmen der USA vom 15. August über Empfehlungen nicht hinaus.

Ende Oktober lehnte der amerikanische Senat die Regierungsvorlage über die **amerikanische Auslandshilfe** ab. Statt dessen billigte er am 10. und 11. November für Entwicklungs- und humanitäre Hilfe Ausgaben in Höhe von 1,14 Mrd. US-\$ — 340 Mill. weniger, als Nixon verlangt hatte — und 1,5 Mrd. US-\$ — etwa 500 Mill. weniger als ursprünglich gefordert — für Rüstungshilfe. Bezüglich der Entwicklungs- und humanitären Hilfe beschloß der Senat, die Zinssätze für bilaterale Entwicklungs-

anleihen von bisher 2% und später 3% auf 6% bis 7% festzusetzen, was der Zinshöhe des amerikanischen Anleihenmarktes entspricht. Sollte das Repräsentantenhaus diesen Regelungen zustimmen, so bedeutet dies zusätzlich zu den Wirtschaftsmaßnahmen vom 15. August eine Härte für die Entwicklungsländer und zeigt damit einen gewissen Gesinnungswandel in den USA gegenüber der Entwicklungshilfe an.

Weitere Beunruhigung über die Haltung der USA setzte ein, als für Japan, Hongkong, Süd-Korea und Taiwan bis zum 15. Oktober Verhandlungen mit den USA über **Quoten und Kategorisierung der Exporte** von Kunstfasern und Wollsachen abgeschlossen sein mußten. Da der Gesamtexport aller dieser Länder an Baumwolle, Wolle und Kunstfasern nach den USA für letztere nur 4,9% des Inlandsverbrauches ausmacht, mußte man hierin mehr eine wahltaktische Maßnahme Präsident Nixons sehen als eine wirtschaftlich voll zu rechtfertigende Strategie.

Südasien

Im weiteren Zusammenhang mit dem indisch-sowjetischen Vertrag vom August und den sich anbahnenden besseren Beziehungen zwischen den USA und der Volksrepublik China scheint **Nepal** seine auswärtigen Beziehungen auf der Grundlage seiner Neutralitätspolitik neu zu durchdenken. So wurde im August ein neuer Handels- und Transitvertrag mit Indien abgeschlossen, nachdem die vorhergehende Regelung bereits im Oktober vorigen Jahres ausgelaufen war. Die Verhandlungen hatten zu Spannungen zwischen beiden Ländern geführt. Indien war davon ausgegangen, daß die Vergünstigungen, die Nepal hatte, vielfach zur Umgehung der indischen Handels- und Währungsvorschriften sowie zum Schmuggel ausgenutzt würden. Dazu kam die Frage der Transitrechte Nepals nach Ost-Pakistan. Nach dem neuen Vertrag gewährt Indien Nepal weitgehende Präferenzen für Waren aus zu 90% nepalesischen Bestandteilen, für völlig in Nepal hergestellte Güter und Erzeugnisse indo-nepalesischer Zusammenarbeit. Diese Waren dürfen jetzt importzollfrei nach Indien exportiert werden. Produkte von Nepals Leichtindustrie werden so behandelt wie entsprechende indische Waren. Sogar Waren aus Drittländern dürfen zollfrei von Indien importiert werden, wenn 50% des Wertes in Nepal hinzugefügt wurden. Darüber hinaus wird Nepal Hafenzugänge in Haldia erhalten und in Kolkata mehr Lagerraum. Die Forderung Nepals nach einer Landroute nach Ost-Pakistan wurde fallengelassen.

Im September nahm Nepal konsularische Beziehungen mit der Deutschen Demokratischen Republik auf. Am gleichen Tag wurde mit der Bundesrepublik ein Abkommen über militärische Ausbildung abgeschlossen. Ähnliche Vereinbarungen bestanden bisher nur mit England und Indien. Bezüglich der Ereignisse in Ost-Pakistan ging man nur so weit, allgemeine Bedingungen zu fordern, die die Rückkehr der Flüchtlinge ermöglichen. Auf Drängen New Delhis soll die Sowjetunion ihren Einfluß in Nepal dahingehend geltend gemacht haben, daß die Royal Nepalese Airlines weiterhin keine Flüge nach Dacca durchführen.

Im Zusammenhang mit der Ostbengalen-Frage hat sich das feindschaftliche Verhältnis zwischen Indien und **Pakistan** erneut verschärft. Anfang September ließ sich allgemein festhalten, daß die Zentralregierung in Islamabad mit Hilfe ihres Militärs

eine gewisse Kontrolle in ihrer Ostprovinz wiederhergestellt hatte, wodurch der früher von der Awami League bekämpfte „koloniale Status“ Ostbengalens sich erstmals in voller Deutlichkeit manifestierte. Man traut im Westen keinem Bengalen mehr. Bengalen werden weiterhin aus Führungspositionen entfernt oder nach West-Pakistan versetzt. Die neue ostbengalische Polizei bleibt unbewaffnet. Man bevorzugt Biharis für die East Pakistan Civilian Armed Forces. Eine praktikable politische Lösung ist nicht in Sicht. Statt dessen ist die Gefahr eines Krieges zwischen Indien und Pakistan akuter denn je geworden. Beide Seiten haben ihre Truppen an den Grenzen zusammengezogen. Indien berief am 22. Oktober 600 000 Reservisten ein (über die Truppenstärke beider Länder sowie ihre Ausrüstung vgl. FEER Nr. 44 vom 30. 10. 1971, S. 7 f. und die Tabelle auf S. 129 dieses Heftes). Auch die gegenseitigen Beschuldigungen über Grenzverletzungen nahmen an Ausmaß und Häufigkeit zu. Beide Länder scheinen zu einem Waffengang bereit zu sein.

Als einen Weg zu einer politischen Lösung sieht man in Westpakistan die für die Zeit vom 25. November bis 9. Dezember angekündigten Nachwahlen für die pakistanische Nationalversammlung und den ostpakistanischen Landtag, die durch das Verbot der Awami League notwendig geworden waren. Am 12. Dezember, so versicherte Präsident Yahya Khan in einer Rundfunk- und Fernsehansprache, werde eine Verfassung der Öffentlichkeit vorgelegt werden. Eine Woche später, nach den Nachwahlen, könne die Nationalversammlung zusammentreten. Diese könne dann innerhalb von 90 Tagen Verfassungsänderungen beschließen, die dann allerdings dem Präsidenten zur Prüfung vorgelegt werden müßten. Zur Vorbereitung auf die Wahl haben sich sechs Rechtsparteien zusammengeschlossen, die vor einem Jahr vernichtend von der Awami League geschlagen wurden. Da es bisher außer dieser Allianz keine Partei gibt, die sich um Mandate bemüht, und die sechs Parteien unter sich bis auf wenige Ausnahmen die Wahlbezirke aufgeteilt haben, wird die bevorstehende Wahl mit großer Wahrscheinlichkeit zu einer reinen Farce werden. Da sich diese Rechtsparteien aber grundsätzlich gegen einen islamischen Sozialismus wenden, wie ihn Bhuttos Pakistan People's Party fordert, dürfte diese Partei in einem möglicherweise zustande kommenden Zentralparlament ebenfalls unterlegen sein. Bhutto hatte bereits im September nach mehreren Gesprächen mit dem Militärregime unter dem Druck seiner eigenen Partei die Machtübergabe an eine zivile Regierung gefordert und sogar von der Möglichkeit eines Bürgerkrieges in Westpakistan gesprochen, falls die Militärs gänzlich hart blieben.

Präsident Yahya Khan reiste am 14. September zu einem zweitägigen Besuch nach Persien, um die gespannten Beziehungen auf dem indischen Subkontinent zu erörtern. Ende Oktober erklärte Yahya Khan in einem Interview mit der amerikanischen Zeitschrift „Newsweek“, Pakistan werde von Peking alle nötige Unterstützung in Form von Waffen und Munition erhalten. Am 5. November reiste Bhutto als persönlicher Vertreter Yahya Khans an der Spitze einer achtköpfigen Delegation zu einem dreitägigen Meinungsaustausch nach Peking. Ministerpräsident Chou En-lai soll seinen Gästen zwar verstärkte materielle Hilfe im Falle eines indischen Angriffskrieges zugesagt haben, gleichzeitig habe man sich von chinesischer Seite jedoch mit Nachdruck gegen eine militärische Lösung ausgesprochen. Die USA haben ihre umstrittene Militärhilfe an Pakistan nach bilateralen Konsultationen kurz vor dem Besuch Indira Gandhis in Washington eingestellt.

Auf wirtschaftlichem Gebiet ist Pakistan am 17. September aus dem Sterlingblock

ausgeschieden und hat den US- $\$$ als neuen Orientierungspunkt gewählt. Bei der Überbewertung der pakistanischen Rupie und der Erwartung, der Dollar werde abgewertet, könnte man zu einem etwas realistischeren Verhältnis kommen, ohne selbst den psychologisch entscheidenden Schritt zu tun, obwohl allerdings der Abwertungssatz viel zu niedrig sein dürfte. Außerdem hofft man, die eigene Schuldenlast gegenüber den USA dadurch zu vermindern. Bereits im November sollen chinesische Fachleute in Ostbengalen eingetroffen sein, um Pakistan zu helfen, kleine Düngemittelfabriken zu errichten und 5000 Brunnen zu graben. Außerdem soll Pakistan die chinesische Regierung gefragt haben, ob sie bereit wäre, an zehn weiteren Großprojekten in Ostbengalen mitzuwirken.

Indiens Ministerpräsidentin Indira Gandhi reiste Ende September für drei Tage zu Gesprächen nach Moskau. Das unterzeichnete Kommuniqué läßt die Meinungen beider Länder zur Ost-Bengalen-Frage noch näher zusammenrücken. Auch der Besuch hoher Regierungsvertreter Moskaus in Indien verstärkte sich. Am 1. Oktober legte Podgorny auf seinem Wege nach Rangoon einen Zwischenaufenthalt in Delhi ein. Ende Oktober hielt sich der stellvertretende sowjetische Außenminister Firjubin zu einem fünftägigen Besuch in Indien auf. Das gemeinsame Kommuniqué stellte den Kontakt in den Zusammenhang mit dem Artikel 9 des indisch-sowjetischen Vertrages, der unverzügliche Konsultationen im Falle einer äußeren Bedrohung vorsieht. Am 30. Oktober traf dann der Oberbefehlshaber der sowjetischen Luftwaffe und stellvertretende Verteidigungsminister P. S. Kutachow in Indien ein, um sich, wie vermutet wurde, über den Waffenbedarf insbesondere der indischen Luftwaffe zu informieren.

Mehr noch als die UdSSR hat sich der jugoslawische Staatschef Tito mit dem Standpunkt Indiens in der Ostbengalen-Frage und den damit verbundenen Minimalforderungen identifiziert. Tito beendete am 20. Oktober einen Staatsbesuch in Indien. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Länder — der Außenhandel hat sich von 46 Millionen Rupien 1959 auf 464 Millionen Rupien verzehnfacht — soll weiter intensiviert werden. Ab 1973 will Jugoslawien allerdings nicht mehr in weicher, sondern in konvertibler Währung verrechnen.

Indira Gandhi unternahm am 24. Oktober eine dreiwöchige Reise, die sie zu Gesprächen nach Brüssel, Wien, London, Washington, Paris und Bonn führte. Das Ergebnis der Reise, die der Werbung für Indiens Standpunkt in der Ostbengalen-Frage und der Hilfe für die Flüchtlinge diente, waren Vermittlungsversuche der westlichen Länder. Man hoffte, Präsident Yahya Khan zu Gesprächen mit Sheikh Mujibur Rahman und der Awami League bewegen zu können, um damit eine politische Lösung und die Rückkehr der Flüchtlinge zu ermöglichen.

Nach Angaben der indischen Regierung waren bis Ende Oktober 9,6 Millionen ostpakistanische Flüchtlinge nach Indien gekommen. Pakistan hatte dagegen Anfang September die offizielle Zahl der Flüchtlinge seinerseits mit 2 002 623 angegeben. Nach indischen Angaben soll der Flüchtlingsstrom in den letzten Wochen des Oktober jedoch auf etwa die Hälfte pro Tag abgenommen haben. Pakistans Präsident Yahya Khan hatte Anfang September eine Generalamnestie verkündet, die allerdings etwa 280 Abgeordnete der Awami League, 44 ostpakistanische Regierungsbeamte und einige Professoren ausschloß. Nach Schätzungen der Weltbank werden die Kosten für den Unterhalt der Flüchtlinge im laufenden indischen Haushaltsjahr, das im Februar 1972 endet, auf 700 Mill. US- $\$$ beziffert. Davon sind 218 Millionen

durch Verpflichtungserklärungen des Auslandes gedeckt. 118 Millionen wollen die UN-Organisationen aufbringen. 100 Millionen erwartet man als bilaterale Hilfe. Für den Rest ist man derzeit auf Hoffnungen angewiesen, die sich insbesondere an die Mitglieder des Weltbankkonsortiums richten. Durch eine Entscheidung des Aid-India-Consortium erscheint die Gesamtsumme seit Anfang November gedeckt. Bis zum November gaben die USA rund 90 Mill. US-\$, die UdSSR 4,5, die BRD 4,7, Japan 5, Schweden 6, Großbritannien 7,2 und die DDR 0,03 Mill. US-\$. Mitte November verbat sich Indira Gandhi mit deutlichen Worten die Vermittlungsversuche UN-Generalsekretär U Thants und forderte ihn auf, statt dessen in Ostpakistan einzugreifen, wo die Wurzel des Übels läge.

Eine durch starke Regenfälle ausgelöste Überschwemmungskatastrophe, die die indischen Unionsstaaten West-Bengalen, Bihar und Uttar Pradesh Anfang September heimsuchte, soll u. a. Schäden von über einer Mrd. Rupien verursacht haben. Die Lage im Unionsstaat West-Bengalen, in dem etwa 7 Millionen ostpakistanischer Flüchtlinge Zuflucht suchten, wurde besonders ernst. Eine Flutkatastrophe Ende Oktober forderte in Orissa zahlreiche Menschenleben und richtete Sachschaden an.

Indira Gandhi versetzte zwei früher einflußreiche Chefminister in den politischen Ruhestand und löste Landesparteileitungen in Westbengalen, Rajasthan, Bihar, Madhya Pradesh und Tripura auf, um sie durch sogenannte Ad-hoc-Ausschüsse zu ersetzen. Ziel dieser Maßnahmen ist eine Verjüngung der Partei. Ende September trat die Kongreßpartei mit 5 Mitgliedern in die von den Moskau-Kommunisten beherrschte Koalitionsregierung in Kerala ein. Der Parteitag der Kongreßpartei im Oktober in Simla war von einer gewissen Unzufriedenheit, insbesondere innerhalb der Gruppe der jüngeren Mitglieder, gekennzeichnet. Bei der bestehenden Uneinigkeit über die indische Wirtschaftspolitik brachte der Parteitag keine Klärung. Nachdem noch für November eine Gesetzesvorlage im Parlament erwartet wird, die sich gegen Pressemonopole richtet, hat die Regierung am 16. Oktober einen Präsidialerlaß herausgegeben, der die Übernahme des Management von 214 Bergwerken ermöglicht, die verkockbare Kohle fördern. Diese sollen möglicherweise später bei Entschädigung an die Eigentümer verstaatlicht werden. Zukünftige Maßnahmen, die die drei Ölgesellschaften Burmah Shell, Caltex und Esso betreffen, werden noch diskutiert.

Ceylons Premierminister Frau Bandaranaike führte am 25. Oktober in London Gespräche mit Premier Heath über die Entmilitarisierung des Indischen Ozeans und Fragen der Entwicklungshilfe für Ceylon. Frau Bandaranaike hatte ihre Vorschläge den Indischen Ozean betreffend zuvor in Washington und Montreal diskutiert und am 12. Oktober in der UN-Vollversammlung dargelegt. Diese Frage wurde auch beim Besuch des indischen Außenministers Swaran Singh Anfang September in Colombo erörtert. Singh war nach Ceylon gekommen, um den indisch-sowjetischen Vertrag zu erläutern. Ein weiteres wichtiges Thema dieser Zusammenkunft war die Repatriierung der auf etwa eine Million geschätzten staatenlosen Personen indischer Abstammung, die teilweise seit Jahrzehnten in Ceylon leben. 300 000 von ihnen sollen in Ceylon eingebürgert werden, 525 000 müssen repatriiert werden. Diese Regelung des Shastri-Bandaranaike-Paktes von 1964 setzt jedoch eine Einbürgerung Zug um Zug voraus, d. h. für sieben Rückkehrer nach Indien werden drei Staatenlose ceylonische Staatsbürger. Da die meisten Betroffenen auf Ceylon bleiben wollen, kam das Verfahren nicht recht in Gang.

Innenpolitisch verlor die Kontroverse über die Auflösung des Oberhauses nichts an Intensität. Die „Abolition Bill“ war vom Senat abgelehnt worden, hat aber zweimal erfolgreich das Unterhaus passiert. Generalgouverneur William Gopallawa gab jedoch seine Zustimmung zu dem Gesetz, worauf das Oberhaus am 28. September geschlossen wurde. Eine Gruppe von Senatoren meint nun, es sei verfassungswidrig, wenn ein Zweig der Legislative den anderen abschaffe. Dieses Argument kann jedoch nur von kurzer Dauer sein, da man hofft, in wenigen Monaten eine neue Verfassung vorlegen zu können.

Die Probleme im Zusammenhang mit dem Aufstand der Che-Guevaristen vom Frühjahr sind einer Lösung kaum näher gekommen. Die etwa 16 000 Verhafteten stellen die Regierung vor schwierige Fragen. Eine erneut aufflackernde Rebellion ist nicht auszuschließen; auch über die Drahtzieher des Aufstandes herrscht keine Klarheit. Man vermutet sie in den Reihen der Volksbefreiungsfront Rohan Wijeweeras. Andererseits sind aber auch Angehörige der Luftwaffe, hohe Beamte und Mitglieder der Gesellschaft in Colombo verhaftet worden. Den Nord-Koreanern wirft man keine Beteiligung an dem Versuch, die Regierung zu stürzen, mehr vor, sondern erklärt, sie hätten die Insurgenten nur unterstützt.

Der langerwartete Bericht einer königlichen Untersuchungskommission über die Associated Newspapers of Ceylon (Lake House) fand vier Direktoren schuldig an 25 Vergehen, begangen während der letzten Jahre. Dabei geht es hauptsächlich um Währungs- und Steuerangelegenheiten. Welche konkreten Schritte die Regierung unternehmen wird, steht noch aus. Lake House hat bisher stets die jetzige Oppositionspartei unterstützt. Ein Versuch zur Verstaatlichung im Jahre 1964 durch die jetzige Regierungspartei scheiterte jedoch.

Von einschneidender Bedeutung für die Wirtschaft des Landes war das neue Budget, das Finanzminister Perera im November vorlegte. Ceylons System des Wohlfahrtsstaates, als fortschrittlichster in Asien angesehen, gewährte seinen Bürgern freie Erziehung vom Kindergarten bis zur Universität, freie Gesundheitsfürsorge, stark subventionierte Nahrungsmittelpreise und niedrige Tarife im öffentlichen Verkehr. Obwohl es ein entscheidendes Wahlversprechen war, die vom letzten Premier Senanayake abgeschaffte zweite Reiration wieder einzuführen, sieht sich die Regierung jetzt nicht mehr in der Lage, die finanzielle Bürde zu tragen. Das neue Budget fordert Konsumverzicht und Ersparnisse zum Zwecke nationaler Entwicklung. Die konkreten Maßnahmen lauteten: Erhöhung des Preises für die zweite Reiration von 75 Cents auf 1 Rupie, Erhöhung des Mehlspreises von 33 auf 48 Cents, des Brotpreises von 35 auf 48 Cents per Pfund. Die Postgebühren stiegen, und für Krankenhausaufenthalte wurde eine Gebühr neu erhoben. Auf Wunsch der Premierministerin mußte Perera jedoch die Erhöhung der Mehl- und Brotpreise, die 125 bzw. 131 Mill. einbringen sollte, zurücknehmen.

Nachdem ein russisches Team Ölvorkommen in Nord-Ceylon vermutet hatte, reiste Industrieminister T. B. Subasinghe mit einer Beratergruppe Mitte September nach Moskau, um einen Vertrag über Ölprospektierung in diesem Gebiet abzuschließen. Zunächst sind drei Probebohrungen geplant.

Südostasien

Anfang Oktober kamen die Außenminister der ASEAN-Staaten in New York überein, sich am 25. November in Kuala Lumpur zu treffen, um über die Auswirkungen von Veränderungen im internationalen Bereich auf Südostasien zu beraten. Die Frage verbesserter wirtschaftlicher und politischer Beziehungen zur Volksrepublik China – insbesondere Malaysia, aber auch die Philippinen und Indonesien sind am Handel mit der Volksrepublik China interessiert – sowie die **Neutralitätspolitik** der ASEAN-Länder gelten als Grund für die Zusammenkunft. Nach offiziellen Äußerungen in Kuala Lumpur hat Malaysia die Absicht, im Anschluß an das ASEAN-Außenministertreffen die Vertreter der Volksrepublik China, der USA und der UdSSR zu ersuchen, Südostasien zu einer neutralen Region zu erklären.

Beim Besuch von **Birmas** Staatschef General Ne Win Anfang August in der Volksrepublik China soll, wie erst später bekannt wurde, zwischen Chou En-lai und Ne Win über die Überseechinesen gesprochen worden sein. Nach Chous Äußerungen sollen die Überseechinesen als verantwortungsvolle Bürger ihrer Geburtsländer leben. Dabei wende sich die chinesische Regierung gegen Ausbeutung seitens der überseechinesischen Kapitalisten und Geldverleiher. Man sprach sich gegen die Doppelnationalität aus; entweder die Nationalität der Vorfahren oder die der neuen Heimat sollte gewählt werden. Dabei sollten die Überseechinesen den Gesetzen ihrer Gastländer folgen. Es sei die Politik der chinesischen Regierung, daß dieses Prinzip beachtet werde. Ne Win habe dem Wunsch nachgegeben, es Abkömmlingen von Chinesen der zweiten Generation zu ermöglichen, auf eigenen Wunsch die birmanische Staatsbürgerschaft zu erlangen. Außerdem erklärte sich die chinesische Regierung bereit, die 1967 unvollendet gelassenen Hilfsprojekte wiederaufzunehmen. Ein neues Wirtschaftshilfe-Programm wurde vorgeschlagen. Die vorgesehene Gesamthilfe seitens Chinas soll sich auf 60 Millionen US-\$ belaufen.

Die beabsichtigten Verfassungsreformen gehen langsam voran. Als äußeres Zeichen des Fortschritts hat Ne Win den Titel Premierminister angenommen. Vier zivile Mitglieder wurden dem Revolutionskomitee hinzugefügt, und, kurz bevor Ne Win Anfang November zu ärztlicher Behandlung nach England reiste, erhielt seine wichtigste Stütze, Brigadier General San Yu, den Titel eines Stellvertretenden Premiers. Trotz der Bemühungen der Regierung, den Tourismus zu fördern, um Devisen einzunehmen, war die Zahl der Touristen 1970 mit 2600 um 400 geringer als im Jahr zuvor. Der Grund wird im Fehlen verschiedener Annehmlichkeiten für den Reisenden gesehen. Das neue Budget der Regierung für 1971/72 sieht ein Defizit von 266 Millionen Kyats vor, vorausgesetzt, daß die 405 Mill. Kyats an ausländischer Hilfe und Darlehen tatsächlich eingehen. Zu Einzelheiten des Budgets vgl. FEER Nr. 43 vom 23. 10. 1971, S. 74 f. Über die wirtschaftliche Lage allgemein und den „grauen Markt“ vgl. FEER Nr. 46 vom 13. 11. 1971, S. 43 f.

Auf Grund eines Beschlusses der Regierung und des nationalen Sicherheitsrates von **Thailand** von Anfang November sollen die Gesetze zur Bekämpfung des Kommunismus so weit gelockert werden, daß thailändische Geschäftsleute wieder Handel mit China treiben können. Bisher galten Waren aus der Volksrepublik China als Schmuggelgut. Nach Angaben des Außenministeriums soll China über ein drittes Land seine Absicht zu erkennen gegeben haben, mit Thailand zu offiziellen Gesprächen kommen zu wollen. Die von den Chinesen gegenwärtig gebaute Straße von

Yunnan durch Laos soll nach Angaben des thailändischen Ministers für Kommunikation fast den Mekong erreicht haben.

Am 17. November um 20 Uhr Ortszeit wurde über Radio die Machtübernahme durch eine „Revolutionäre Partei“ in Thailand bekanntgegeben. Das Kabinett, das Parlament und die bestehenden politischen Parteien wurden aufgelöst und die Neubildung von Parteien verboten. Die Verfassung von 1968 wurde für ungültig erklärt. Der Staatsstreich selbst soll sich ohne Einfluß auf das Alltagsleben in Bangkok vollzogen haben, zumal die bisherigen Führer an der Macht blieben. Oberster Chef der „Revolutionären Partei“ ist der bisherige Premier Thanom Kittikachorn. Dem neuen Führungsgremium gehören weiter an: der auch bisher einflußreiche General Prapass, Polizeigeneral Prasert, der Generalstabschef Luftmarschall Dawee und der bisherige zivile stellvertretende Premier Pote Sarasin. Obwohl Kriegsrecht eingeführt wurde, gab es nur Ermahnungen an die Presse, aber bisher keine Pressezensur. Für die Ursache des Staatsstreiches werden verschiedene Motive genannt, wie z. B. die allgemeine außenpolitische Neuorientierung, die zu einem Dialog mit Peking und Hanoi führen kann, Gefahren für die nationale Sicherheit, was sich einmal auf die Terroristen, zum anderen auf eine mögliche Pekingorientierung der etwa 3 Millionen thailändischer Chinesen beziehen soll. Die Bergstämme im Norden (Meo, Karen, Lahu, Lisu, Kha und Yao) und die Laoten im Nordosten stellen in der Tat seit sechs Jahren einen Unruhefaktor dar. Die Hauptaktivität der Rebellen soll gegenwärtig auf politisch-agitatorischem Feld liegen.

Der Außenhandel Thailands weist seit 1965 einen wachsenden Passivsaldo auf. 1970 entstand beispielsweise mit Japan eine Differenz zwischen Importen und Exporten von 316,8 Mill. US-\$. Die USA, die Bundesrepublik und Großbritannien haben ebenfalls im bilateralen Handel einen negativen Saldo für Thailand. Länder wie Hongkong, Singapore und Malaysia hingegen weisen für Thailand einen Handelsüberschuß auf. Das Board of Investment bewilligte im August fünf neue Industrie-Projekte: zwei im Bereich der Filmherstellung, zwei für Nahrungsmittelkonserven und eines für Bleistifte.

Am 1. November trat das Fünf-Mächte-Verteidigungsabkommen zum Schutze von **Malaysia** und Singapore in Kraft. Danach werden Australien 3000, Großbritannien 2550 und Neuseeland 1150 Soldaten in den beiden Ländern stationieren. Themen der „Commonwealth Parliamentary Association“, die im September in Malaysia tagte, waren u. a. Waffenlieferungen an Südafrika, parlamentarische Demokratie und persönliche Freiheit und „Bangla Desh“.

Die Regierung gab am 2. Oktober ein Weißbuch mit dem Titel „The Resurgence of Armed Communism in West-Malaysia“ heraus. Der Bericht beschreibt, wie die kommunistischen Terroristen ihre Strategie voranzutreiben hoffen. Es scheint den Terroristen offensichtlich gelungen zu sein, ein Versorgungs- und Informationsnetz aufgebaut und insbesondere Malayaen auf ihre Seite gebracht zu haben.

In Sabah wurden im Oktober sechs Monate vor Ablauf der Regierungszeit Tun Mustaphas Neuwahlen abgehalten. Ein offensichtlicher Grund für die vorzeitigen Wahlen scheint nicht vorzuliegen. Das Wahlergebnis war überzeugender als erwartet. Am 5. Oktober, dem Nominierungstag, sah Tun Mustapha, der Chefminister, all seine 32 Kandidaten ohne Auftreten von Opponenten bestätigt. Die Oppositionellen hatten ihre Bewerbungsunterlagen nicht ordnungsgemäß ausgefüllt.

Bei einem Treffen der United Nations' Industrial Development Organisation

(UNIDO) in San Francisco betonte der Direktor der malaysischen Federal Industrial Development Authority, sein Land sei ein günstiger Standort für die elektronische Industrie. Dieser Industriezweig biete ein gutes Verhältnis zwischen eingesetztem Kapital und Zahl der Arbeitsplätze, bringe ein gutes Maß vertikaler Integration und fördere die Verbreitung der Technologie. Malaysia biete wirtschaftliche und politische Stabilität, geeignete Arbeitskräfte und Zulieferbetriebe.

Eine 47 Mann starke Handelsdelegation der malaysischen „National Trading Corporation“ (Pernas) kaufte auf der Canton-Messe Waren im Werte von 2,12 Mill. US-\$. Darunter fielen Zigaretten, Werkzeuge, Wein, Baumwolle, Seide, Maschinen, Bürsten, Nahrungsmittel, Näh- und Schreibmaschinen, Airconditioners und sanitäre Erzeugnisse. Am 20. Oktober war ein Verbot des Imports von in China hergestellten Waren – außer durch Pernas – ergangen, wodurch Mittelsmänner in Hongkong und Singapore profitable Transaktionsmöglichkeiten verlieren. Um unabhängiger von den internationalen Ölgesellschaften zu werden, plant man die Gründung einer nationalen Erdölgesellschaft, in der neben der staatlichen Pernas auch private Unternehmer sitzen sollen. Im Oktober war Premier Tun Abdul Razak in Tokyo, um über ein japanisches Darlehen in Höhe von 330 Millionen Malays. \$ abschließend zu verhandeln. Die Asian Development Bank bewilligte Malaysia ein Darlehen von 13,4 Mill. US-\$ für den Bau einer Sektion des Kuala Lumpur–Karak Highways.

Singapores Premier Lee Kuan Yew traf am 25. Oktober zu einem dreitägigen offiziellen Besuch in Belgrad ein, um später in die Schweiz weiterzureisen. In Belgrad wurde über wirtschaftliche Fragen, insbesondere eine engere Zusammenarbeit im Schiffbau, gesprochen. Bei anderer Gelegenheit erklärte Lee, die Stärke der Streitkräfte Singapores werde 1980 einschließlich Reserven 80 000 ausgebildete Soldaten betragen, die mit den neuesten Waffen ausgerüstet seien. Nach einem Bericht des Londoner International Institute of Strategic Studies stieg Singapores Zahl an Kampfflugzeugen von 10 im letzten Jahr auf jetzt 36. Die gegenwärtige Stärke der Streitkräfte in Singapore beträgt 16 000 Mann, davon 14 000 in den zwei Brigaden der Armee (eine dritte wird aufgebaut), 500 Mann in der Marine und 1500 in der Luftwaffe.

Indonesiens Außenminister Adam Malik wurde im September zum Präsidenten der 26. Generalversammlung der UN mit 119 von 125 Stimmen gewählt. Die Tatsache, daß Indonesien sich bei der Abstimmung über die Aufnahme der Volksrepublik China in die UN der Stimme enthalten hat, obwohl die Regierung sich sogar während der Spannungen gegenüber Peking gegen eine Zwei-China-Theorie und für eine Aufnahme der Volksrepublik in die UN ausgesprochen hatte, fand Beachtung. Auch brauchte Indonesien weder auf diplomatische noch konsularische Bindungen mit Taiwan Rücksicht zu nehmen. Schließlich haben sich auch die Nachbarstaaten Malaysia und Singapore in der UN für Peking ausgesprochen. Der Grund für die Vorsicht Indonesiens wird darin gesehen, daß Präsident Suharto, kurz bevor die „Intergovernmental Group on Indonesia“ neue Hilfsprojekte berät, die USA nicht im geringsten irritieren wollte.

Präsident Suharto hat am 9. September, früher als erwartet, die Regierungsumbildung bekanntgegeben. Das Kabinett wurde um 2 auf 24 Mitglieder erweitert. Auffallendster Schritt war die Berufung von vier Technokraten, die bisher zum Beraterstab des Präsidenten in Wirtschaftsfragen gehörten, ins Kabinett, was gleichzeitig eine Zurückdrängung des Militärs bedeutete. Professor Widjojo Nitisastro wurde

Staatsminister für nationale Entwicklungsplanung. Prof. Emil Salim wurde Staatsminister für Verwaltungsreform, Prof. Mohammed Sadli Staatsminister für Arbeit und Prof. Subroto Minister für Transmigration und Genossenschaftswesen. Insgesamt sind von den 24 Ressort- und Staatsministern nur 5 Militärs, wenn man Suharto einschließt.

In Djakarta fanden im Oktober Verhandlungen über ein gemeinsames japanisch-indonesisches Unternehmen in der Holzwirtschaft des Landes statt. Man beabsichtigt, dem Gemeinschaftsunternehmen Einschlagskonzessionen auf 700 000 ha in Ost-Borneo zu gewähren. U. a. sollen bei einem Kapitalaufwand in der Endstufe von 100 Mio. US-\$ auch Sägewerke und Papierfabriken gebaut werden.

Weiteres Interesse der Japaner besteht an Naturgummi und an Mineralien wie Eisenerz, Kupfererz und Bauxit. Dabei gibt es Anzeichen, daß die Japaner sich hier stärker an Ort und Stelle engagieren wollen. Einige japanische Schiffahrtsgesellschaften haben Kontakte mit indonesischen Gesellschaften zum Zwecke der Zusammenarbeit aufgenommen. Dies kann möglicherweise dazu führen, das ohnehin schon zwiespältige Verhältnis zwischen Indonesien und Japan weiter zu verschlechtern, da man in Indonesien bezüglich der japanischen Wirtschaftsaktivität im Lande bereits heute von Ausbeutung spricht. Am 10. September begann die Produktion in Indonesiens erstem Küsten-Ölfeld. Der Ausstoß, 24 000 Fässer täglich, geht nach Japan. Dank der Entscheidung der japanischen Stahlindustrie, sich bei der Herstellung bestimmter Stahlarten mit minderwertigeren Nickelerzen zu begnügen, ist Indonesien in eine günstige Situation gekommen. Der Export von 256 200 t 1969 wird in diesem Jahr auf 850 000 t steigen. Die Pacific Nickel Indonesia, eine amerikanisch-holländisch-kanadische Gesellschaft, beabsichtigt, 240 Mill. US-\$ in ein Nickelprojekt an der Westspitze West-Irians zu investieren. Die Produktion würde 1975 beginnen.

Am 1. Oktober traf eine 44köpfige Wirtschaftsmission aus den Niederlanden in Indonesien ein, die die wirtschaftliche Zusammenarbeit und den Warenaustausch zwischen einstiger Kolonie und einstigem Mutterland fördern soll. Die Private Investment Company for Asia S.A. (PICA) hat eine Investition von 1 Mill. US-\$ zur Errichtung einer neuen Produktionsstätte für Stahlrohre angekündigt. Während der letzten drei Monate hat diese multinationale Entwicklungsgesellschaft 6 Mill. US-\$ in vier indonesischen Projekten festgelegt. Die Asian Development Bank gewährte ein Darlehen in Höhe von 3,4 Mill. US-\$ zu 2,5% Zinsen, rückzahlbar nach 25 Jahren, zur Modernisierung der wichtigsten landwirtschaftlichen Entwicklungs-Bank.

Die **Philippinen** werden nach einer Aussage von Präsident Marcos vorerst keine diplomatischen Beziehungen mit der Volksrepublik China anknüpfen, obwohl diese in die UN aufgenommen worden ist. Es wird beabsichtigt, daß die Regierung eine umfassende Studie ausarbeitet, um die zukünftigen militärischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den USA festzulegen. Dabei wird erwogen, den 1966 von 99 auf 25 Jahre herabgesetzten Vertrag über militärische Einrichtungen in seiner Laufzeit weiter zu verkürzen.

Der Verfassungskonvent stimmte Ende September mit 146 gegen 78 Stimmen dafür, die neue Verfassung des Landes in Englisch anstatt in Tagalog, das inoffiziell als Nationalsprache angesehen wird, abzufassen. Präsident Marcos erklärte nach dem Anschlag auf die Versammlung der Liberalen Partei vom 21. August, er werde alles tun, um zu verhindern, daß der Generalsekretär der Partei, Senator Benigno Aquino,

den er beschuldigt, ein Kommunist zu sein, Präsident des Landes werde. Sollte alles andere versagen, müsse nach Ablauf seiner Amtszeit seine Frau Imelda einspringen. Damit erwähnte Marcos erstmals öffentlich den Namen seiner Frau im Zusammenhang mit einer Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen 1973. Möglicherweise als Reaktion hierauf unterzeichneten Ende September 163 der 311 Delegierten des Verfassungskonvents eine Resolution, die zu verhindern sucht, daß Präsident Marcos oder einer seiner nahen Verwandten nach dem 30. Dezember 1973 Staatsoberhaupt werden kann. Nach einer Meinungsumfrage in und um Manila glaubten etwa 45% der Befragten nicht an Präsident Marcos' Aufrichtigkeit; nur etwa 15% vertrauten ihm.

Nach Auszählung von 75% der abgegebenen Stimmen der Senats- und Kommunalwahlen von Anfang November zeichnete sich eine schwere Niederlage der Regierungspartei ab. Bei Fortsetzung dieses Trends würden 6 oder 8 neu zu besetzende Sitze im Senat, in dem die Regierungspartei bisher eine Zwei-Drittel-Mehrheit hatte, an die Liberale Partei gehen. Bei der Wahl zum Bürgermeister von Manila konnte sich der liberale Kandidat durchsetzen. Hingegen war bei der Wahl für kommunale Ämter in den restlichen Landesteilen die Regierungspartei erfolgreich, was zumeist auf die Bedeutung lokaler Angelegenheiten im Wahlkampf zurückgeführt wird. Während des Wahlkampfes selbst sollen mehr als 200 Personen ermordet worden sein.

Das starke wirtschaftliche Interesse Japans an den Philippinen mag in nicht allzu ferner Zeit zu Anti-Japan-Stimmungen in der Bevölkerung führen. Im letzten Jahr nahm Japan mit einer Summe von 345 Mill. US-\$ bereits den ersten Platz unter den Ländern ein, aus denen die Philippinen importieren, gefolgt von den USA mit 315 Mill. US-\$. Bei den Exporten der Philippinen lag Japan mit 421 Mill. US-\$ an zweiter Stelle nach den USA mit 440 Mill. US-\$. Hinzu kommt der starke Zustrom japanischen Kapitals. Zur Behebung der Reisknappheit (350 000 t) hat man mit der Volksrepublik China ein Abkommen über die Lieferung von 10 000 t erreicht. Als Gegenleistung werden etwa 3000 t Kokosnuß-Produkte geliefert. Die Philippinen sollen an weiteren 10 000 t Reis aus China interessiert sein.

In **Laos** scheint der Krieg sich auszuweiten. Nach Ausführungen des US-Senators Stuart Symington im Senat vom Oktober wurde das zuständige Senatskomitee nicht genügend informiert; auch die Öffentlichkeit sei völlig im dunkeln gelassen worden. Der Krieg in Laos werde überwiegend durch die US-Botschaft in Vientiane koordiniert (vgl. FEER No. 46 vom 13. 11. 71, S. 14). Nach Angaben von Ministerpräsident Prinz Souvanna Phouma vom Oktober wurde die französische Regierung von ihm ersucht, die laotischen Streitkräfte mit französischen Waffen auszurüsten; schon jetzt würden laotische Soldaten von französischem Militärpersonal ausgebildet.

Im Oktober entschied sich das Foreign Relations Committee des US-Senates dafür, die Hilfe für **Kambodscha** zu begrenzen und die Zahl der amerikanischen Beamten im Lande auf 150 (zivile und militärische) zu beschränken. Die Unterstützung für Kambodscha soll danach im Finanzjahr, das am 30. Juni 72 endet, nicht mehr als 250 Mill. US-\$ betragen. Die Regierung hatte 325 Millionen gefordert, die 200 Millionen für militärische Zwecke enthielten, und dies als ein Minimum für die Kambodschaner bezeichnet, um ihre Unabhängigkeit zu konsolidieren. Die Gegner dieser Forderung befürchteten tiefere Verstrickungen, ähnlich wie in Vietnam. Hierbei handelte es sich jedoch nur um die erste Etappe der Hilfsvorlage für Kambodscha,

bis sie durch den amerikanischen Kongreß geht. Im Oktober drangen über die NEW YORK TIMES Vorschläge der amerikanischen „joint Chiefs of Staff“ an die Öffentlichkeit, die ein langfristiges Programm empfohlen haben sollen, das 1977 bereits 500 Mill. US- $\text{\$}$ jährlich koste und die Bewaffnung von fast der Hälfte der männlichen Erwachsenen Kambodschas vorsieht.

Am 23. September wurde In Tam, Brigadegeneral und Minister für innere Angelegenheiten, aus dem Kabinett entlassen und seines militärischen Ranges entkleidet. In Tam gilt als der einzige Oppositionelle, der in der Öffentlichkeit etwas Gefolge besitzt, und als effizienter Minister. Ineffizienz war der offizielle Grund seiner Absetzung durch Marschall Lon Nol; der wahre Anlaß soll jedoch in der Tatsache liegen, daß In Tam seine eigene politische Gefolgschaft im Lande erfolgreich vergrößern konnte. Am 16. Oktober enthob die kambodschanische Regierung beide Kammern des Parlaments ihrer Gesetzgeberfunktion und wies sie an, sich als Verfassungsgebende Versammlung neu zu konstituieren und eine neue Verfassung zu entwerfen. Wenige Tage darauf ernannte Präsident Cheng Heng eine neue Regierung, wobei als Nachfolger für General In Tam General Thappana Ngin zum Innenminister ernannt wurde, der gleichzeitig für Sicherheit, Justiz, Landwirtschaft und öffentliche Arbeiten verantwortlich ist.

Zur Stabilisierung der Wirtschaft des Landes, die sich bei einer Inflation von teilweise 50 bis 100% auf Grund der Militärausgaben und des durch den Krieg bedingten allgemeinen wirtschaftlichen Rückganges einem Budget-Defizit von 10 000 Mill. Riel gegenüber sieht, wird ab 29. Oktober das teilweise Floating des Riel praktiziert. Gleichzeitig schaffte man das restriktive System der Importlizenzierung ab. Bei einem Verhältnis von 170 Riel pro US- $\text{\$}$ auf dem Schwarzen Markt hatte der offizielle Kurs 55,42 Riel betragen. Andere Maßnahmen waren die Erhöhung der Nahrungsmittelpreise und der Steuern.

Am 3. Oktober traf der sowjetische Präsident Podgorny mit einer Delegation in der **Demokratischen Republik Vietnam** ein. Neben politischen Verhandlungen wurden in der Zeit bis zum 8. Oktober Industrierwerke, Großbaustellen und der Hafen Haiphong besichtigt. Nach einer gemeinsamen Erklärung will man weiterkämpfen bis zum vollständigen Sieg. Außerdem wurden neue Vereinbarungen über die sowjetische Hilfe getroffen. Am 28. September war ein Übereinkommen mit einer chinesischen Delegation unter Leitung von Vize-Premier Li Hsien-nien getroffen worden, welches Hanoi ebenfalls zivile und militärische Hilfe zusichert. In der zweiten Hälfte des November traf Ministerpräsident Pham Van Dong an der Spitze einer Partei- und Regierungsdelegation in der Volksrepublik China ein. Nordvietnam soll im August und September von den stärksten Überschwemmungen seit 1945 heimgesucht worden sein.

Bei den Wahlen zum 159 Sitze zählenden Unterhaus der **Republik Vietnam** am 29. August gingen nach dem vollständigen, jedoch inoffiziellen Ergebnis 91 Sitze an Regierungskandidaten. Die Opposition erhielt 47 Sitze, 21 Mandate fielen an unabhängige Kandidaten. Damit hat die Regierung eine Mehrheit von fast 60% im neuen Parlament.

Am 3. Oktober fanden zum zweiten Male nach der neuen Verfassung vom 1. April 1967 Präsidentschaftswahlen statt. Nachdem General Duong Van Minh seine Kandidatur zurückgezogen hatte, weil er Wahlmanipulationen großen Stils durch Thieu befürchtete und davon ausging, die Wahlen würden nur eine Farce sein, lehnte

auch Vizepräsident Ky seine Kandidatur endgültig ab und forderte eine Verschiebung der Wahlen. Thieu, der als einziger Kandidat übriggeblieben war, erklärte Mitte September, er werde auf sein Amt verzichten, wenn er nicht mehr als 50% der Stimmen erhalte, möglicherweise sogar dann, wenn es nicht mehr als 65% seien. Damit erhielt die Präsidentenwahl Plebiszitcharakter. Nach dem amtlichen Ergebnis bekam Thieu 94,3% der abgegebenen Stimmen. Thieu wies Berichte von Oppositionspolitikern, die Wahl sei manipuliert worden, zurück. Tran Van Huong übernahm am 31. Oktober das Amt des Vizepräsidenten von Ky. Am 2. November, der von vielen Vietnamesen als Tag der Erinnerung an die Ermordung Präsident Diems begangen wird, zeigte sich in diesem Jahr verstärkt eine Wende in der Beurteilung Diems. Er wurde u. a. als ein Mann gesehen, der versucht habe, ohne ausländische Einmischung ein nichtkommunistisches Vietnam zu erhalten und mit Hanoi zu einem Ausgleich zu kommen.

Am 12. November erklärte Präsident Nixon, daß im Dezember und Januar 45 000 Soldaten aus Vietnam abgezogen werden sollen. Damit würden am 1. Februar 1972 noch 139 000 Mann in Vietnam stationiert sein. Zu Beginn des Vietnamisierungsprogramms waren es 540 000. Ein endgültiger Rückzugstermin wurde nicht genannt. Während die letzten australischen Soldaten bis Ende dieses Jahres in ihre Heimat zurückkehren, wollen die Südkoreaner in der ersten Hälfte des kommenden Jahres ein Fünftel ihrer Kampftruppen – etwa 10 000 Mann – aus Südvietnam abziehen.

Am 15. November kündigte Präsident Thieu wirtschafts- und währungspolitische Sanierungsmaßnahmen an. U. a. wird eine Abwertung des Piaster und eine Reform bestehender Steuern vorgesehen.

Nach mehr als 20 Jahren wurde die erste Telefonverbindung zwischen den Hauptstädten der **Demokratischen Volksrepublik Korea** und der Republik Korea hergestellt. Während der fünften vorbereitenden Sitzung der Vertreter des Roten Kreuzes aus beiden Teilen des Landes am 20. Oktober in Panmunjom konnte eine Einigung über ein Datum für Plenarberatungen wegen der Familienzusammenführung nicht herbeigeführt werden. Die nordkoreanische Seite bestand auf dem 10. Dezember als Datum; dagegen hielten die Partner aus Süd-Korea dies für unrealistisch, da viele Punkte noch nicht erörtert seien. Die erste Zusammenkunft hatte am 20. September stattgefunden. Der aufgekommene Optimismus wegen einer Annäherung beider Seiten, der auch durch die Visaerteilung der nordkoreanischen Regierung an einige japanische Journalisten gefördert worden war, wird in Südkorea nicht geteilt.

Der Besuch einer nordkoreanischen Militärdelegation in der Volksrepublik China Anfang September führte zur Unterzeichnung eines Vertrages, demzufolge China Nordkorea kostenlos Militärhilfe leisten wird (vgl. Hsinhua News Agency Nr. 4948 vom 8. 9. 1971, S. 16).

Obwohl Studentenunruhen in der **Republik Korea** keine Seltenheit sind, scheinen die diesjährigen Demonstrationen bei der Regierung ungewöhnlich starke Beachtung zu finden. Nachdem die Unruhen am 28. September begonnen hatten, wurden sieben Universitäten in Seoul am 15. Oktober von Militär besetzt. Das Besondere war, daß diesmal Unzufriedenheit und Proteste der Richter des Landes, die Unabhängigkeit von politischem Druck in Fällen von Gefährdung der Staatssicherheit verlangten, und der Professoren, die mehr akademische Freiheit forderten, vorausgegangen waren. Besonders alarmierend fand man die Forderung der Studenten

nach Beendigung der Korruption und der „gesellschaftlichen Unregelmäßigkeiten“ sowie ihr Eintreten für Subsistenzlöhne. Am 21. Oktober wurde vom Erziehungsministerium bekanntgegeben, daß 81 Studentenorganisationen aufgelöst worden seien und daß 160 Studenten von 24 Universitäten ausgeschlossen seien. Die New Democratic Party (NDP), die bei den letzten Wahlen mehr als ein Drittel der Parlamentssitze gewonnen hatte, erzielte in der ersten Hälfte des Oktober ihren ersten Erfolg, als ihre Forderung nach Ablösung des Innenministers Oh Chi-sung eine Mehrheit von vier Stimmen erhielt. Dies zeigte, daß einige Mitglieder der Democratic Republican Party sich Parks ausdrücklicher Instruktion nicht gebeugt hatten, gegen den Antrag zu stimmen.

In der Wirtschaft ist es zu weiterem Ansteigen der Preise gekommen. Sogar für das Hauptnahrungsmittel Reis muß man in diesem Jahr 20% mehr zahlen. Hinzu kommen die Auswirkungen der zehnpromzentigen Importabgabe in den USA. Nach der bilateralen Übereinkunft über Importquoten für die USA bei allen Textilien, die nicht aus Baumwolle bestehen, verliert Südkorea nach Schätzungen der Korean Traders' Association in den nächsten zwölf Monaten Exportmöglichkeiten im Werte von 103 Millionen US-\$, etwa 6% des projizierten Warenexports des Landes. Dadurch wird die Textilindustrie zur Neuorientierung bezüglich ihrer Produkte und der Märkte gezwungen.

Das für die **Volksrepublik China** zweifellos wichtigste außenpolitische Ereignis im Berichtszeitraum war die Aufnahme in die Organisation der Vereinten Nationen bei gleichzeitigem Ausschluß Nationalchinas. Nachdem es den USA mißlungen war, die Frage der weiteren Mitgliedschaft Nationalchinas zur „wichtigen Frage“ zu erheben, fiel das Abstimmungsergebnis mit 76 Ja- gegen 35 Nein-Stimmen bei 17 Enthaltungen eindeutig für die Volksrepublik und gegen Taiwan aus. Rund zwei Wochen später zog, angeführt von Vizeaußenminister Ch'iao Kuan-hua, die Delegation der Volksrepublik China, deren ständiger Leiter der bisherige Botschafter in Ottawa, Huang Hua, sein wird, in das UN-Hauptquartier ein. In seiner Antrittsrede machte Ch'iao klar, daß die Volksrepublik China sich nicht als Supermacht, sondern eher als Anwalt der Interessen der Staaten der Dritten Welt gegenüber den Einflüssen der USA und der Sowjetunion fühlt.

Trotz des Einsatzes der USA für Taiwan in der China-Debatte der UNO hat sich das chinesisch-amerikanische Verhältnis ein wenig entspannt, seitdem bekannt wurde, daß Präsident Nixon am 21. Februar 1972 nach Peking reisen werde, um mit der chinesischen Führung Fragen gemeinsamen Interesses zu erörtern. Diese Reise Nixons wurde durch zwei Aufenthalte des Sonderberaters Kissinger in Peking Mitte Juli und Mitte Oktober vorbereitet. Sie soll in erster Linie bilaterale Beziehungen zwischen beiden Staaten einleiten, nicht jedoch das Verhältnis oder die Probleme mit dritten Ländern zum Gegenstand haben.

Obwohl in der Sowjetunion die bevorstehende Chinareise Nixons mit äußerlicher Ruhe aufgenommen wurde, hat sie doch offensichtlich zur Verschärfung der anti-chinesischen Polemik beigetragen. Insbesondere fühlt sich die Sowjetunion als Verbündeter all jener Staaten, die für sich Nachteile aus einer etwaigen Einigung zwischen Peking und Washington erwarten.

Zeugin einer direkten Auseinandersetzung wurde die Weltöffentlichkeit, als wenige Tage nach der Arbeitsaufnahme der chinesischen UN-Delegation deren Leiter in

eine heftige Debatte mit seinem sowjetischen Kollegen zur Frage der Abrüstung geriet.

Auf dem übrigen außenpolitischen Terrain konnte die Volksrepublik China mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Ruanda (14. 11.), Libanon (10. 11.), Peru (1. 11.), Burundi (10. 10. Wiederaufnahme der 1965 unterbrochenen Beziehungen), Belgien (25. 10.) weitere Gewinne für sich verbuchen. Aus der wiederbelebten Reisediplomatie ragen die Europareise einer von Außenhandelsminister Pai Hsiang-kuo geleiteten Regierungsdelegation, einer weiteren Regierungsdelegation unter Leitung des Leichtindustrieministers Ch'ien Ch'i-kuan nach Jugoslawien sowie einer Militärdelegation nach Rumänien heraus. Das Schwergewicht der erstgenannten Delegation lag dabei auf Gesprächen mit Frankreich, das vor allem versuchte, das chinesische Interesse an der französischen Flugzeugproduktion zu wecken, und mit Italien, mit dem ein bis Ende 1974 befristetes Handels- und Zahlungsabkommen abgeschlossen wurde.

Zu den Gästen in China gehörten Kaiser Haile Selassie von Äthiopien, mit dem ein Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit (chinesisches unverzinsliches Darlehen von 80 Mill. US-\$) abgeschlossen wurde, der italienische Sozialistenführer Pietro Nenni, der britische Labourpolitiker Anthony Wedgwood-Benn, eine japanische Parlamentarierdelegation unter dem LDP-Politiker Aiichiro Fujiyama und der sozialistische Gouverneur von Tokio, Professor Minobe, der eine Botschaft der japanischen Regierungspartei überbrachte. Besondere Aktualität im Lichte des indisch-pakistanischen Konfliktes besaß der Besuch einer pakistanischen Regierungs- und Militärdelegation unter Führung des früheren Außenministers Bhutto. Es fiel auf, daß die Volksrepublik China zwar die indische Regierung angriff, dennoch aber beide Staaten zur Mäßigung aufrief.

Die innenpolitische Entwicklung in der Volksrepublik gab der Weltpresse im Berichtsraum reichlich Gelegenheit zur Spekulation, deren Grundlage folgende Ereignisse bzw. Beobachtungen bilden: Der designierte Nachfolger Mao Tse-tungs, Marschall Lin Piao, ist seit Juni 1971 nicht mehr in der Öffentlichkeit gesehen worden und wird neuerdings auch kaum mehr erwähnt; ebenfalls verschwanden auch einige hohe Militärführer, darunter der Generalstabschef Huang Yung-sheng; ein mit wenigen Personen besetztes chinesisches Militärflugzeug stürzte am 13. September in der Mongolischen Volksrepublik ab; die üblichen Festumzüge am Gründungstag der Volksrepublik (1. Oktober) wurden kurzfristig abgesagt; der Personenkult um Mao Tse-tung wird abgebaut. Was immer die Gründe für derartige Erscheinungen sein mögen: Es ist nicht unwahrscheinlich, daß es gewisse Meinungsverschiedenheiten innerhalb der chinesischen Führung gibt, die möglicherweise auch mit der neuen Amerikapolitik Chinas zusammenhängen. Endgültige Schlüsse werden sich jedoch erst ziehen lassen, wenn nach letzten Informationen im Januar der Nationale Volkskongreß zusammentreten und die Nachfolge Mao Tse-tungs in Form eines kollektiven Führungsinstrumentes beschließen wird.

Trotz der schwer durchschaubaren innenpolitischen Szenerie haben gewisse Trends keinerlei Änderung erfahren wie beispielsweise die Fortentwicklung einer modernen Rüstung: Am 18. November führte die Volksrepublik China am Lop Nor ihren zwölften Atomwaffentest durch. Es wurde ein Sprengsatz in der Größenordnung von 20 000 t TNT gezündet, d. h. eine Bombe des Hiroshima-Typs.

Obwohl der Ausstoß **Taiwans** aus der UNO am 25. Oktober ein starker Angriff auf

das Prestige der Nationalisten war und ihren Anspruch, die rechtmäßige Regierung ganz Chinas darzustellen, erschütterte, scheint man sich damit abgefunden zu haben. Wie andere Staaten, beispielsweise die Schweiz, bestens demonstrieren und auch die Volksrepublik China bisher gezeigt hat, kann man überleben, ohne Mitglied der Weltorganisation zu sein. Man glaubt sich sicher in der Annahme, daß die USA nicht bereit sein werden, den beiderseitigen Verteidigungsvertrag im Gefolge einer Verbesserung der Beziehungen mit Peking zu opfern. Auch scheint der Sicherheitsapparat des Landes zu gewährleisten, daß weder kommunistische Agitatoren noch die heimischen Taiwanesen in der Lage sein werden, das Recht der Zentralregierung, die von Männern aus den Provinzen des Festlandes dominiert wird, zur Ausübung der Regierungsgewalt anzufechten.

Nach einer Erklärung des Außenministeriums in Taipeh will Taiwan nach seinem Ausschluß aus den UN alles tun, um weiter Mitglied der Sonderorganisationen der UN zu bleiben. Während einige dieser Sonderorganisationen zu erkennen gaben, daß sie für die weitere Mitgliedschaft Taiwans eintreten, haben die FAO und die UNESCO bereits beschlossen, Taiwan nicht als weiteres Mitglied aufzuführen. Am 19. Oktober beschloß der Exekutivrat des Internationalen Presse-Instituts (IPI), die Mitgliedschaft Taiwans auf unbestimmte Zeit auszusetzen, weil die taiwanesishe Regierung einem Ultimatum des IPI zur Freilassung des Herausgebers und des Chefredakteurs der in Manila erscheinenden „Chinese Commercial News“ nicht nachgekommen sei. Beide waren auf den Philippinen verhaftet und nach Taiwan ausgeliefert worden.

Inwieweit der Ausstoß aus den UN wirtschaftliche Folgen haben wird, ist bei der allgemein guten Situation der Wirtschaft des Landes zweifelhaft. Kurz nach dem Ausschluß wurden drei größere ausländische Investitionsprojekte von insgesamt etwa 60 Mill. US-\$ bekanntgegeben. Damit wird Taiwan 1971 24 Mill. US-\$ mehr ausländische Investitionen aufweisen als 1970. Ein Problem bietet jedoch die Quotenfestsetzung für Textilexporte nach den USA. Zwei Drittel aller Textilexporte gingen bisher dorthin.

Am 14. Oktober kehrte Kaiser Hirohito von **Japan** nach einer 18-tägigen Besuchsreise in sieben europäische Länder nach Tokio zurück. Besonders in England und den Niederlanden war es mit Bezug auf Japans Rolle im Zweiten Weltkrieg zu Demonstrationen gegen den Gast gekommen.

In Japans Verhältnis zur Volksrepublik China sind weitere Aktivitäten zu verzeichnen. Am 13. September empfahl der Präsident des Exekutivbüros der regierenden Liberaldemokratischen Partei, Yasuhiro Nakasone, der japanischen Regierung, sich in der Chinapolitik von drei Grundsätzen leiten zu lassen: 1. Die Regierung der Volksrepublik China ist die legitime chinesische Regierung. 2. Der Sitz Chinas im Sicherheitsrat sollte nicht von einem nationalchinesischen, sondern von einem Vertreter der Volksrepublik China eingenommen werden. 3. Formosa ist ein Bestandteil Chinas.

Trotzdem traf am 22. September Premier Sato nach langen Debatten, die auch in den Reihen der eigenen Partei umstrittene Entscheidung, die beiden US-Resolutionen in den UN über die Mitgliedschaft der Volksrepublik China und Taiwans zu unterstützen. Damit dokumentierte er Japans Loyalität gegenüber den USA, wurde aber in der Abstimmung zum Verlierer und erschwerte somit die angestrebte Verbesserung des Verhältnisses zur Volksrepublik China.

Aufsehen erregte das Bekanntwerden eines persönlichen, geheimen Schreibens des Generalsekretärs der regierenden Liberaldemokratischen Partei, Shigeru Hori, an den chinesischen Ministerpräsidenten Chou En-lai. Das Schreiben selbst war von Mitgliedern der Mission des von Sozialisten und Kommunisten unterstützten Gouverneurs von Tokio, Professor Minobe, überreicht worden. Dem Inhalt nach soll Hori zum Ausdruck gebracht haben, daß Japan die Regierung der Volksrepublik als legitim anerkennt und daß Taiwan ein Territorium sei, welches dem Volke der Volksrepublik China gehöre. Als Reaktion erklärte Chou En-lai, Horis Schreiben sei trügerisch und Japans Absicht, ein China und ein Taiwan zu bilden, schimmere hindurch. Chou lehnte ein näheres Eingehen auf das Schreiben und auch Verhandlungen mit Sato und seinen Gefolgsleuten ab (über die Reaktion in Japan vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 17. 11. 1971). Nach einem 20tägigen Chinaaufenthalt als Leiter einer japanischen Parlamentarierdelegation erklärte der frühere Außenminister Aiichiro Fujiyama, die Volksrepublik China habe anscheinend nicht die Absicht, von Japan Ausgleichszahlungen für Kriegsschäden zu verlangen, wenn beide Staaten einmal diplomatische Beziehungen aufgenommen hätten.

Die Auswirkungen des Hori-Briefes, der Parteinahme in den UN, der Unterzeichnung des Abkommens mit den USA über die Einschränkung japanischer Exporte sowie Demonstrationen in Zusammenhang mit der Beratung der Okinawa-Verträge im Parlament bedeuten innenpolitisch eine heftige Kritik an der Regierungspartei, die sich insbesondere gegen Premier Sato richtet.

Nach einer Prognose des japanischen Wirtschaftsplanungsbüros soll die reale wirtschaftliche Wachstumsrate 1971/72 (April/März) nur 5,5% erreichen, während man noch zu Anfang des Jahres mit 10,1% gerechnet hat. Obwohl man als Grund hierfür u. a. auch die wirtschaftlichen Maßnahmen Präsident Nixons anführt, glaubt man, daß die japanische Handelsbilanz mit einem Aktiv-Saldo von 6,1 Mrd. US-\$ anstatt wie ursprünglich erwartet mit 4,7 Mrd. US-\$ abschließen wird. Am 21. September wurde ein Handels- und Zahlungsabkommen für die Zeit bis 1975 zwischen der UdSSR und Japan unterzeichnet. Japan, das seit einiger Zeit an der wirtschaftlichen Erschließung der sowjetischen Fernostgebiete beteiligt ist, soll sich damit den ersten Platz unter den nicht-kommunistischen Ländern im Rußland-Handel gesichert haben.

Am 15. November reiste eine 15 Mitglieder zählende Delegation in die Volksrepublik China. Ihr gehören bedeutende Persönlichkeiten aus Industrie und Finanz an. Man hofft, daß nach den Schwierigkeiten der Regierung Sato, mit der Volksrepublik China Kontakte aufzunehmen, hier vielleicht vermittelt werden kann.

Nach Angaben des japanischen Finanzministeriums betrug die Hilfe an Entwicklungsländer 1970 44,4% mehr als im Vorjahr. Empfängerländer waren u. a. Indonesien (126 Mill. US-\$), Südkorea (87 Mill. US-\$), Pakistan (40 Mill. US-\$), Indien (33 Mill. US-\$), die Philippinen (19 Mill. US-\$), Thailand (17 Mill. US-\$), Brasilien (13 Mill. US-\$), Birma (12 Mill. US-\$), Taiwan (10 Mill. US-\$) und Singapore (6 Mill. US-\$).

Australien und Ozeanien

Australiens Premier McMahon reiste am 7. November zu einem einwöchigen offiziellen Besuch nach London, wo er u. a. auch die Folgen des EWG-Beitritts von Großbritannien und die Probleme des englisch-australischen Handels ansprach. Nach einer Ankündigung des Premiers will Australien seine 6000 Mann starken Kampftruppen in Südvietnam zu Weihnachten zurückziehen. Für die nächsten drei Jahre ist ein Hilfsprogramm von insgesamt 25 Mill. Austral. \$ für Süd-Vietnam vorgesehen.

Die Exporte Australiens nach Asien stiegen trotz des Verlustes eines 60 Mill. Austral. \$ Warengeschäftes mit der Volksrepublik China im Jahr 1970/71 um 100 Mill. Austral. \$. Die Exporte in asiatische Länder überragen die Importe aus diesen um 932 Mill. Austral. \$. Japan stand im Asienhandel Australiens an erster Stelle mit $\frac{2}{3}$ des Handelsvolumens. China fiel auf dem Exportsektor vom 2. auf den 4. Platz. Singapur war zweitbestener Kunde Australiens, gefolgt von Hongkong. In der Wirtschaft ist allgemein durch die Nixon-Maßnahmen und das Floating des Yen Unsicherheit eingetreten. Bei der herrschenden Geldentwertung konnten die Überlegungen der Regierung hier keine Abhilfe schaffen. Währungspolitisch rechnet man mit einer Aufwertung des Austral. \$ um 5,7%. Das Land ist als Exporteur von Rohmaterialien und Agrarprodukten an festen Wechselkursen interessiert.

Nach der Eröffnung der Verkaufssaison für Wolle am 31. August mußte die Wollkommission Stützungskäufe aus Mangel an privater Nachfrage durchführen, die am 15. Oktober 20 Mill. Austral. \$ überstiegen. Damit wurden 20–25% des Angebots aufgekauft. Es wird befürchtet, daß steigende Lagerhaltungskosten den Wiederverkauf nur mit Verlust erlauben, wodurch zukünftige Maßnahmen der Kommission betroffen würden.

In Agnew, etwa 500 Meilen nordwestlich von Perth, wurde Nickel gefunden. Man schätzt, daß es sich um mindestens 9 Mill. t Nickelerz handelt.

In **Neuseeland** ist durch die Rivalität zweier Minister die Frage nach einem möglichen Nachfolger für den gegenwärtigen Premierminister, Sir Keith Holyoake, neu aufgeworfen worden. Obwohl völlig unklar ist, ob Holyoake überhaupt an einen Rücktritt denkt, hat die Kontroverse Aufsehen erregt. Finanzminister Robert Muldoon, der sich in jüngerer Vergangenheit mehrmals in die Angelegenheiten anderer Ministerien eingemischt hatte, bezeichnete einen von den Sozialpartnern und dem Arbeitsminister vorgeschlagenen Vermittler als „Linken“ und brüskierte damit Arbeitsminister John Marshall, der als ruhiger Pragmatiker u. a. als Neuseelands Vertreter bei den Verhandlungen um den Gemeinsamen Markt in Luxemburg erfolgreich war. Das Ergebnis der folgenden Auseinandersetzung war eine Verfügung des Kabinetts, Muldoon solle sich künftig nicht mehr in die Angelegenheiten des Arbeitsministers einmischen, und damit ein Sieg für Marshall, dem gegenwärtig die meisten Chancen auf den Posten des Premier nachgesagt werden. Insgesamt gesehen scheinen jedoch insbesondere langfristig die Chancen des jüngeren Muldoon nicht ungünstig zu sein.

Stand 1. Dezember 1971.

India – Pakistan: The Military Balance-Sheet

INDIA

Population: 557,000,000
Voluntary military service
Total armed forces: 980,000
Estimated GNP 1970: US\$49,000 million
Defence Budget 1971–72: 12,420 million rupees
(\$1,656 million) (7.5 rupees = \$1)

Army: 860,000

1 armoured division
2 independent armoured brigades
13 infantry divisions
10 mountain divisions
6 independent infantry brigades
2 parachute brigades
About 20 AA artillery units
Tanks: 200 Centurian Mk 5/7, 250 Sherman, 450 T-54
and T-55, 300 Vijayanta Medium – 150 PT-76,
100 AMX-13 Light – CT-62, Mk 2/4
Artillery: about 3,000 pieces, mostly 25-pounders but
including about 350 100-mm and 140 130-mm
Guns: SS-11, Entac ATGW

Navy: 40,000

1 16,000-ton aircraft carrier
4 submarines (ex-Soviet F-class)
2 cruisers
3 destroyers
9 destroyer escorts (including 5 ex-Soviet Petya
class)
1 general purpose frigate
5 anti-submarine frigates
3 anti-aircraft frigates
4 coastal minesweepers
4 inshore minesweepers
1 landing ship
2 landing craft
10 patrol boats (4 less than 100 tons)
9 seaward defence boats (6 less than 100 tons)
The naval airforce includes 35 Sea Hawks attack
aircraft, 12 Alize maritime patrollers, 2 Sea King
and 10 Alouette III helicopters. 10 Sea Hawks,
4 Alizes and 2 Alouettes can be carried on the
aircraft carrier at any one time.

Airforce: 80,000; 625 combat aircraft

3 light bomber squadrons (Canberra B [1])
5 fighter-bomber squadrons (Su-7)
2 fighter-bomber squadrons (HF-24 Marut I A)
6 fighter-bomber squadrons (Hunter F-56)
2 fighter-bomber squadrons (Mystere-IV)
7 interceptor squadrons (Mig-21)
8 interceptor squadrons (Gnat)
1 reconnaissance squadron (Canberra PR-57)
1 maritime reconnaissance squadron (L-1049 Super
Constellation)
(A combat squadron = 8 to aircraft)
Transports: include about 55 C-47, 60 C-119, 20 Il-14,
30 An-12, 25 Otter, 12-HS-748 and 15 Caribou
Helicopters: include about 80 Mi-4, 150 Alouette III,
10 Bell-47 and a few Mi-8. About 50 SA-2, SAM
complexes
Paramilitary forces: about 100,000 in Border Security
Forces.

PAKISTAN

Population 126,300,000
2 years' selective military service.
Total armed forces: 392,000
Estimated GNP 1970: US\$38,400 million
Defence Budget 1971–72: 3,400 million rupees
(\$714,000,000). (4.76 rupees = \$1)

Army: 365,000 (including 25,000 Azad Kashmir troops).

2 armoured divisions
1 independent armoured brigade
12 infantry divisions (2 more being raised)
1 air defence brigade.
Tanks: 100 M-47, 100 M-48, 100 T-54, 225 T-59.
Medium – 200 M-24, 75 M-41, 20 PT-76
Light – 300 M-113
Artillery: about 900 25-pounders, 105 mm, 155 mm
howitzers; 200 130-mm, Cobra ATGW
Helicopters: 20 H-13

Navy: 10,000

4 submarines
1 light cruiser/training ship
2 destroyers
3 destroyer escorts
2 fast frigates
4 patrol boats
8 coastal minesweepers
2 small patrol boats (less than 100 tons)
2 UH-19 air-sea rescue helicopters.

Airforce: 17,000; 285 combat aircraft

1 light bomber squadron (Il = 28)
2 light bomber squadrons (B-57 B)
2 fighter-bomber squadrons (Mirage IIIIE)
8 fighter-bomber and interceptor squadrons (F-86)
4 interceptor squadrons (Mig-19)
1 interceptor squadron (8F-104-A)
1 reconnaissance squadron (4 RT-33A and 2 RB-57)
(A combat squadron generally = 16 aircraft)
Transports: include 8 C-130B and 1 F-27
Helicopters: 40 Sioux, Huskie, Alouette III and Mi-8
Paramilitary forces: 280,000 – 30,000 frontier corps:
250,000 militia. A new force is being raised: the
East Pakistan Civil Armed Force.

Quelle: The Military Balance 1971–72, International Institute of Strategic Studies, London, 1971.